

Beschluss **M7NEU**

Kinder- und Jugendring Sachsen-Anhalt e. V. **42.Mitgliederversammlung am 15. März 2025**

Beschluss: M7NEU
Initiator*innen: Vorstand
Titel: Forderungen Landtagswahl 2026

1 **Die Mitgliederversammlung hat beschlossen:**

- 2 1. Die untenstehenden Forderungen werden zur Grundlage der
3 Interessenvertretung des KJR für die Landtagswahl 2026.
- 4 2. Der Vorstand wird beauftragt, aus den Forderungen ein
5 „Landtagswahlprogramm der jungen Menschen“ zu erstellen und zu
6 veröffentlichen.
- 7 3. Der Vorstand und die Geschäftsführung werden beauftragt, die Forderungen
8 gegenüber Politik, Öffentlichkeit und Verwaltung zu vertreten.
- 9 4. Der Vorstand und die Geschäftsführung werden beauftragt, die Arbeit der
10 Geschäftsstelle schwerpunktmäßig im Jahr 2026 auf die Landtagswahl
11 auszurichten und die Wahl inhaltlich im Sinne einer guten Jugendpolitik zu
12 begleiten.
- 13 5. Der Vorstand und die Geschäftsführung werden beauftragt, eine U18-Wahl zur
14 Landtagswahl zu organisieren.

15 **Forderungen:**

16 **Ehrenamt, Engagement und Freiwilligendienste**

17 Junge Menschen leisten einen wertvollen Beitrag zum gesellschaftlichen
18 Zusammenhalt, sei es als Fußballtrainer*in, in der jungen Gemeinde, in der
19 Jugendfeuerwehr, im Jugendparlament, als Schulsanitäter*in oder bei
20 Freiwilligendiensten. Durch ihre Arbeit übernehmen sie Verantwortung, bilden
21 sich weiter und schaffen Räume für ein solidarisches Miteinander. Es liegt in
22 unserer gemeinsamen Verantwortung, diese Bereitschaft zum Engagement zu fördern
23 und nachhaltig zu unterstützen. Dieses Engagement erfordert dabei nicht nur
24 Zeit, sondern oft auch finanzielle Mittel.

25 Unsere Vision für 2030 ist ein Sachsen-Anhalt, in dem Freiwilligendienste
26 flächendeckend attraktiv und zugänglich sind. Einheitliche und bedarfsgerechte
27 Taschengelder, kostenfreie Nutzung des ÖPNV und eine gute pädagogische Betreuung
28 sorgen dafür, dass finanzielle Hürden für niemanden ein Hindernis darstellen,
29 einen Freiwilligendienst aufzunehmen. Das Land hat auf Bundesebene ein Recht auf
30 einen Freiwilligendienst angeregt. Die juleica ist als anerkanntes Zeichen der
31 Wertschätzung mit attraktiven Vergünstigungen gestärkt. Zudem erleichtern
32 angepasste Freistellungsregelungen die Vereinbarkeit von Ehrenamt, Beruf und
33 Studium, während Engagement als Kompetenzgewinn anerkannt wird. Ehrenamtliche
34 können sicher sein, dass ihre Ausgaben erstattet werden.

35 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 36 • **juleica Stärken und junges Engagement fördern:** Die Vergünstigungen der
37 juleica müssen als Instrument der Wertschätzung für das Engagement junger
38 Menschen ausgebaut und sichtbar gemacht werden. Landeseigene Einrichtungen
39 können hier als gutes Beispiel mit Vergünstigungen vorangehen.

- 40 • **Freistellung und Anerkennung Beruf und Studium:** Die Möglichkeiten zur
41 Freistellung von Ehrenamtlichen in der Jugendarbeit müssen ausgebaut
42 werden. Dazu muss das Jugendarbeitsfreistellungsgesetz überarbeitet
43 werden, um bürokratische Hürden zu reduzieren und Ausgleichszahlungen
44 attraktiver zu machen. Ehrenamtliches Engagement muss als wichtiger Ort
45 des Kompetenzerwerbs bei Studienbewerbungen, Praktika und im Berufsleben
46 berücksichtigt werden.

- 47 • **Attraktivität des Freiwilligendienstes steigern und Kapazitäten ausbauen:**
48 Hierfür bedarf es eines einheitlichen und sozial gerechten Taschengelds,
49 kostenfreier Nutzung des ÖPNV, gut finanzierter pädagogischer Betreuung
50 und der Vermeidung finanzieller Hürden für Freiwillige. Die
51 Freiwilligendienstplätze in Sachsen-Anhalt müssen an die tatsächlichen
52 Bedarfe angepasst und deutlich über den Stand von 2017/2018 ausgebaut und
53 sicher sowie langfristig finanziert werden. Statt auf einen bevormundenden
54 Pflichtdienst zu setzen, muss ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einem

55 Freiwilligendienst eingeführt werden.

- 56 • **Kostenerstattung:** Die Vereine und Verbände in Sachsen-Anhalt müssen in die
57 Lage versetzt werden, die Kosten, die ihren Ehrenamtlichen durch ihr
58 Engagement entstehen, zu kompensieren. Engagement muss man sich aktuell
59 leisten können. Hier bedarf es attraktiver Ehrenamtszuschalen.
- 60 • **Engagement-Strategie weiterentwickeln:** Die Landesweite Engagement-
61 Strategie muss weiterentwickelt werden. Ziel muss eine wirkungsvolle und
62 praxisnahe Strategie sein, welche die Rahmenbedingungen für Ehrenamtliche
63 maßgeblich verbessert.

64 **Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit**

65 Kinder- und Jugendarbeit schafft Räume, in denen junge Menschen ihre Freizeit
66 gestalten, Freundschaften knüpfen und sich ausprobieren und weiterbilden können
67 – sei es im Jugendclub, auf Ferienfreizeiten, bei Jugendbildungsmaßnahmen oder
68 in regelmäßigen Gruppenstunden. Jugendverbände, egal welcher Ausrichtung oder
69 Schwerpunkte, bieten jungen Menschen die Möglichkeit, Verantwortung zu
70 übernehmen, etwa als Gruppenleiter*innen oder in der Verbandsleitung. Dabei
71 setzen sie sich aktiv für die Interessen junger Menschen ein und tragen so zum
72 gesellschaftlichen Zusammenhalt bei.

73 Unsere Vision für 2030 ist eine Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt, die
74 flächendeckend stark, inklusiv und vielfältig aufgestellt ist. Jugendverbände,
75 Jugendarbeit und kommunale Jugendringe sind personell und finanziell gut
76 ausgestattet, um junge Menschen in ihrem Engagement zu fördern und zu begleiten.
77 Ferienfreizeiten und internationale Jugendarbeit werden als wichtige Bildungs-
78 und Gemeinschaftserlebnisse umfassend unterstützt. Jugendbildungsstätten
79 verfügen über die nötigen Ressourcen, um die notwendige Infrastruktur zur
80 Verfügung zu stellen. Durch inklusiv gestaltete Angebote und armutssensible
81 Ansätze wird sichergestellt, dass alle jungen Menschen Zugang zu diesen
82 wichtigen Angeboten haben – unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen
83 Situation.

84 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 85 • **Stärkung der Jugendverbandsarbeit:** Schaffung einer festen Stelle für
86 Jugendverbandsreferent*innen im Umfang von 1 VbE in jedem Jugendverband in
87 Sachsen-Anhalt sowie Anpassung der Förderung, um eine faire Vergütung von
88 mindestens TV-L 10 für Jugendverbands- und Jugendbildungsreferent*innen zu
89 gewährleisten und angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

- 90 • **Stärkung der kommunalen Jugendarbeit und Jugendringe:** Erhöhung der
91 Landesmittel für örtliche Maßnahmen der Kinder- und Jugendhilfe um 6
92 Millionen Euro pro Jahr sowie gezielte Bereitstellung von Mitteln und
93 Ressourcen zur Förderung und Weiterentwicklung kommunaler Jugendringe. Die
94 Mittel müssen mit 3% pro Jahr dynamisiert werden.

- 95 • **Langfristige Förderung von Ferienfreizeiten:** Sicherstellung einer
96 langfristigen und umfassenden Förderung von Ferienfreizeiten, die auch
97 Maßnahmen im Ausland einschließt.

- 98 • **Inklusive und armutssensible Ausgestaltung der Jugendarbeit:** Einrichtung
99 eines Fonds zur Unterstützung von inklusiven Maßnahmen in der
100 Jugendarbeit. Eine Gewährleistung kostenloser Angebote sichert die
101 Teilhabe aller junger Menschen. Auch der Transport von Teilnehmenden aus
102 ländlichen Regionen soll hiermit gefördert werden. Gleichzeitig müssen
103 Ehrenamtliche und Hauptamtliche u.a. durch Schulungen gezielt für
104 armutssensible und inklusive Ansätze in der Jugendarbeit sensibilisiert
105 werden.

- 106 • **Ausbau der internationalen Jugendarbeit:** Bereitstellung zusätzlicher
107 Mittel für Maßnahmen und struktursichernde Stellen in der internationalen
108 Jugendarbeit.

- 109 • **Unbürokratische Unterstützung von Jugendbildungsstätten:** Umwandlung der
110 Förderung in einen Betriebskostenzuschuss, der Personal- und Sachkosten
111 individuell nutzbar macht, mit einer Mindestförderung von 200.000 Euro pro
112 Jahr und Einrichtung. Die Mittel müssen mit 3% pro Jahr dynamisiert
113 werden.

114 **Sicherheit**

115 Sicherheit hat viele Facetten. Sie umfasst das Gefühl von Schutz und Freiheit –
116 sowohl im öffentlichen Raum als auch im privaten Umfeld. Sie bedeutet, dass
117 jede*r ohne Angst vor Übergriffen, Diskriminierung oder Gewalt leben kann. Dazu
118 gehört, dass Straftaten konsequent verfolgt werden, Betroffene Unterstützung
119 erhalten und Prävention gestärkt wird. Ebenso braucht es Schutz vor globalen
120 Herausforderungen wie Krieg oder Naturkatastrophen. Eine sichere Gesellschaft
121 erkennt Vielfalt an und schafft Rahmenbedingungen, die allen Menschen ein
122 angstfreies Leben ermöglichen.

123 Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesellschaft, in der junge Menschen
124 sicher aufwachsen. Städte sind so gestaltet, dass sie Diversität und Sicherheit

125 für alle Menschen – besonders für FLINTA*-Personen – fördern. In einer sicheren
126 Stadt gibt es keine Angsträume, und jede*r hat Zugang zu Unterstützung, wenn sie
127 oder er Gewalt erfährt. Interkulturelle Kompetenz ist in Schulen und Behörden
128 tief verankert, Diskriminierung wird aktiv entgegengewirkt. Junge Menschen
129 können sich in einer sicheren, inklusiven und gerechten Gesellschaft frei
130 entfalten und ihre Zukunft ohne übermäßige Ängste und Unsicherheiten gestalten.

131 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 132 • **Abbau von Zukunftsängsten:** Entwicklung und Förderung gezielter
133 Aufklärungsmaßnahmen zu globalen Krisen wie Krieg und Klimawandel sowie
134 zur Stärkung sozialer Absicherung und Bildungschancen, um Ängste
135 insbesondere bei jungen Menschen zu verringern.

- 136 • **Inklusive Stadtentwicklung:** Gestaltung von Städten, die Diversität
137 berücksichtigen und Sicherheit für FLINTA*-Personen fördern. Dazu gehören
138 geschlechtersensible Planungsansätze, die Berücksichtigung von Diversität
139 in der Stadtentwicklung sowie die Identifikation und Beseitigung von
140 Angsträumen, etwa durch verbesserte Beleuchtung und Präsenz von
141 Sicherheitspersonal.

- 142 • **Stärkung interkultureller Kompetenz:** Förderung des Wissens über Religionen
143 und Kulturen in Schulen und öffentlichen Institutionen sowie Ausbau
144 interkultureller Schulungen für Behörden wie Polizei, Verwaltung und
145 Bundeswehr, um Vielfalt anzuerkennen und Diskriminierung zu reduzieren.

- 146 • **Schutz vor Gewalt und Unterstützung für Betroffene:** Entwicklung und
147 Förderung präventiver Programme gegen Gewalt an jungen Menschen sowie
148 Schaffung niedrigschwelliger Hilfsangebote mit einem speziellen Blick auf
149 die Bedürfnisse junger Menschen, wie Beratungsstellen und
150 Opferschutzprogramme.

151 **Gesundheit**

152 Gesundheit ist ein Grundpfeiler eines guten Lebens. Eine schnelle und
153 verlässliche Versorgung – ob bei akuten oder chronischen Erkrankungen – ist
154 essenziell. Gesundheit beginnt jedoch schon mit der Vorsorge: durch regelmäßige
155 Arztbesuche, präventive Programme, Bewegung und eine ausgewogene Ernährung.

156 Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesundheitsversorgung in Sachsen-
157 Anhalt, die allen jungen Menschen flächendeckend und bedarfsgerecht zugänglich
158 ist. Präventive Angebote, moderne Sport- und Bewegungsräume sowie digitale

159 Lösungen wie Online-Therapien sorgen für eine innovative und inklusive
160 Gesundheitsversorgung. Junge Menschen sollen in einer Umgebung aufwachsen, die
161 ihre körperliche und psychische Gesundheit stärkt – sei es durch präventive
162 Maßnahmen, besseren Zugang zu medizinischer und psychotherapeutischer Versorgung
163 oder Schulsport, der Freude an Bewegung vermittelt und langfristig für ein
164 aktives Leben begeistert.

165 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 166 • **Gesundes Aufwachsen ermöglichen:** Bereitstellung umfassender Angebote für
167 ein gesundes Aufwachsen junger Menschen, darunter der Ausbau und die
168 Sanierung von Sport- und Bewegungsräumen sowie die Förderung präventiver
169 Gesundheitsprogramme.

- 170 • **Psychotherapeutische Angebote ausbauen:** Ausbau und flächendeckende
171 Förderung psychotherapeutischer Angebote für junge Menschen durch
172 zusätzliche Stellen, bessere Vergütung und den Ausbau von Online-Therapie-
173 Angeboten, um Wartezeiten zu reduzieren und dem stark gestiegenen Bedarf
174 gerecht zu werden.

- 175 • **Gesundheitsförderung im Schulsport:** Neuausrichtung des Schulsports mit
176 einem Fokus auf Gesundheitsprävention und Freude an Bewegung, um
177 Leistungsdruck abzubauen.

- 178 • **Medizinische Versorgung sicherstellen:** Verbesserung der Versorgung durch
179 Fach- und Allgemeinmediziner*innen, unterstützt durch eine flächendeckende
180 digitale Terminvergabe. Für die spezifischen medizinischen Bedürfnisse
181 junger Menschen ist gesondert Vorsorge zu treffen.

182 **Nachhaltigkeit und Umweltschutz**

183 Junge Menschen haben das Thema Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt der
184 gesellschaftlichen Debatte gerückt. Bewegungen wie Fridays for Future machen mit
185 Forderungen wie „Runter mit der Kohle, hoch mit dem Klimaschutz!“ deutlich, dass
186 entschlossenes Handeln nötig ist, um die Klimaziele zu erreichen und die Natur
187 zu bewahren. Nachhaltigkeit betrifft dabei alle Lebensbereiche – von Wirtschaft
188 und Verkehr über Bildung bis hin zum Umweltschutz. Es ist klar: Wenn wir die
189 Klimaziele erreichen und den fortschreitenden Klimawandel eindämmen wollen,
190 müssen wir jetzt handeln.

191 Unsere Vision für das Jahr 2030 ist eine Gesellschaft, die Nachhaltigkeit in
192 allen Politikfeldern konsequent umsetzt. Bildung für nachhaltige Entwicklung ist

193 in Schulen und außerschulischen Angeboten fest verankert. Die Energiewende ist
194 weit fortgeschritten, und nachhaltige Produkte sind für alle Menschen
195 erschwinglich. Lebensmittelverschwendung gehört der Vergangenheit an, und
196 transparente Kennzeichnungssysteme erleichtern den Zugang zu gesunden,
197 nachhaltigen Produkten. Junge Menschen sind aktiv in Strukturwandelprozesse
198 eingebunden und können so ihre Zukunft aktiv mitgestalten.

199 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 200 • **Nachhaltigkeitsbildung fördern:** Ausbau der Bildung für nachhaltige
201 Entwicklung (BNE) in Schulen und außerschulischen Angeboten durch
202 verpflichtende Lehrinhalte, Fortbildungen und Projekte.

- 203 • **Kohleausstieg vorantreiben:** Beschleunigung des Kohleausstiegs durch
204 Förderung erneuerbarer Energien.

- 205 • **Nachhaltige Lebensmittel fördern und Verschwendung vermeiden:** Einführung
206 eines klaren Kennzeichnungssystems für gesunde und nachhaltige
207 Lebensmittel, Anpassung der Förderstrukturen zur Unterstützung regionaler
208 und ökologischer Produkte in der Kinder- und Jugendhilfe sowie gezielte
209 Maßnahmen zur Förderung von unverpackten Lebensmitteln und Initiativen zur
210 Lebensmittelrettung durch steuerliche Anreize und rechtliche
211 Rahmenbedingungen.

- 212 • **Nachhaltigkeit für alle:** Sicherstellung, dass nachhaltige Produkte und
213 Dienstleistungen für alle Menschen, unabhängig von ihrer sozio-
214 ökonomischen Situation, erschwinglich sind.

- 215 • **Jugendbeteiligung im Strukturwandel stärken:** Feste Beteiligungsgremien und
216 jugendgerechte Verfahren zur Mitbestimmung bei Strukturwandelprozessen und
217 der Endlagersuche.

218 **Schulische Bildung**

219 Schule ist mehr als ein Ort des Lernens – sie ist eine zentrale Lebenswelt für
220 junge Menschen. Hier werden nicht nur Grundlagen für die berufliche Zukunft
221 gelegt, sondern auch soziale Kompetenzen und Werte vermittelt. In einer immer
222 diverser und digitaler werdenden Gesellschaft steht die Schule vor der Aufgabe,
223 allen Schüler*innen gerecht zu werden und sie optimal auf die Herausforderungen
224 des Lebens vorzubereiten. Dabei spielen Schulsozialarbeit und moderne, digitale
225 Lernformen eine entscheidende Rolle.

226 Im Jahr 2030 wird der Bildungssektor den Bedürfnissen aller Schülerinnen
227 gerecht. Der Lehrkräftemangel ist durch attraktive Arbeitsbedingungen und
228 ausreichende Ressourcen überwunden. Schulsozialarbeit ist flächendeckend und
229 dauerhaft finanziert. Lebensnahe Lehrpläne bereiten junge Menschen praxisnah auf
230 Selbstständigkeit und gesellschaftliche Teilhabe vor, während verpflichtende
231 politische Bildungsangebote die Demokratiekompetenz stärken. Notensysteme wurden
232 reformiert, und alternative Bewertungsmethoden schaffen mehr Raum für
233 individuelle Stärken. Alle Schülerinnen genießen ein kostenfreies, gesundes
234 Schulessen, und Partizipation ist fest in den Schulalltag integriert. Gestärkte
235 Schülervvertretungen und Mitgestaltungskonzepte ermöglichen demokratische
236 Erfahrungen und echte Mitbestimmung. Die Kooperation von schulischen und
237 außerschulischen Partner*innen auf Augenhöhe ist selbstverständlich. So wird
238 Bildung zur Grundlage für ein erfolgreiches und verantwortungsbewusstes Leben.

239 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 240 • **Überprüfung der Notwendigkeit früher Selektion und Notengebung:**
241 Gemeinsames Lernen bis mindestens Klasse 10. Evaluierung alternativer
242 Bewertungsmethoden und Überprüfung des bestehenden Bewertungssystems, noch
243 stärkere Öffnung der Schule in den Sozialraum.

- 244 • **Sofortige Maßnahmen zur Besetzung freier Lehrkräfte-Stellen und Steigerung**
245 **der Attraktivität:** Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln und Anreizen,
246 um den Lehrkräftemangel zu beheben. Reduzierung der Verwaltungsaufgaben
247 und Bereitstellung von mehr Zeit für die pädagogische Arbeit und
248 Fortbildung.

- 249 • **Verstetigung und bedarfsgerechte Förderung der Schulsozialarbeit:**
250 Sicherstellung einer dauerhaften und verbindlichen Finanzierung der
251 Schulsozialarbeit durch das Land

- 252 • **Lebensnahe Lehrpläne und Stärkung der politischen Bildung:** Schulen sollten
253 lebensnahe Lehrpläne einführen, die Inhalte wie staatsrechtliche,
254 sozialpartnerschaftliche und ökonomische Bildung stärker integrieren, um
255 junge Menschen auf Selbstständigkeit, Steuern und die wirtschaftlichen
256 Rahmenbedingungen vorzubereiten. Es müssen verpflichtende politische
257 Bildungsangebote angeboten werden, um alle Schüler*innen demokratische
258 Teilhabe zu ermöglichen.

- 259 • **Kostenloses Schulessen für alle Schüler*innen:** Sicherstellung einer
260 gesunden und nahrhaften Verpflegung in der Schule ohne finanzielle Hürden.

261 • **Förderung der Partizipation von Schüler*innen:** Entwicklung umfassender
262 Partizipationskonzepte und Unterstützung von Schüler*innenmedien, mit dem
263 Ziel, Mitgestaltung und demokratische Lernerfahrungen bereits in der
264 Schule zu vermitteln und zu leben. Zusätzlich müssen die
265 Schülervertretungen gestärkt werden, durch die Einführung von
266 Drittelparität in allen Schulkonferenzen und strukturelle Unterstützung
267 der Schüler*innenräte.

268 • **Kooperation von schulischer und außerschulischer Bildung stärken:** Schule
269 und außerschulische Partner sind finanziell und strukturell so
270 ausgestattet, dass ein partnerschaftliches Arbeiten beider Systeme
271 gefördert wird.

272 **Digitalisierung und Medien**

273 Für junge Menschen sind digitale Medien ein fester Bestandteil ihres Alltags –
274 sie kommunizieren, spielen und lernen online. Plattformen wie WhatsApp, TikTok
275 oder Discord prägen ihre sozialen Interaktionen, während digitale Technologien
276 das Lernen in Schule und Ausbildung grundlegend verändern. Damit alle von diesen
277 Entwicklungen profitieren können, müssen die notwendigen Kompetenzen gefördert
278 und die digitale Infrastruktur ausgebaut werden.

279 Im Jahr 2030 profitieren junge Menschen in Sachsen-Anhalt von einer umfassenden
280 digitalen Infrastruktur mit flächendeckender Netzabdeckung, Glasfaseranschlüssen
281 und kostenfreiem öffentlichen WLAN. Regelmäßige Workshops und Weiterbildungen in
282 Jugendclubs stärken die digitalen Kompetenzen von Fachkräften und Jugendlichen
283 gleichermaßen. Bildungsangebote zur Medienkompetenz bereiten auf den Umgang mit
284 Fake News, KI und digitalen Tools vor, wobei Peer-to-Peer-Ansätze die
285 Vermittlung auf Augenhöhe fördern. Schulen setzen auf staatlich geförderte,
286 hochwertige digitale Lernmittel, um Bildungsgerechtigkeit zu schaffen. So wird
287 Digitalisierung zur Grundlage für Chancengleichheit und aktive Teilhabe in einer
288 digitalen Gesellschaft.

289 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

290 • **Junge Menschen und Fachkräfte in ihrer digitalen Kompetenz stärken:**
291 Bereitstellung von finanziellen Mitteln für regelmäßige Workshops,
292 Weiterbildung und Beratung in Jugendclubs, um digitale Kompetenzen bei
293 jungen Menschen und Fachkräften zu entwickeln und zu stärken.

294 • **Bildungsangebote für Medienkompetenz erweitern und Peer-Ansätze fördern:**
295 Förderung von Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz, darunter der

296 Umgang mit Fake News, Künstlicher Intelligenz und digitalen Tools.
297 Stärkung von Peer-to-Peer-Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz
298 für Gleichaltrige und Fachkräfte.

- 299 • **Investitionen in digitale Infrastruktur:** Aufbau von Förderstrukturen, um
300 die digitale Ausstattung in der offenen Kinder- und Jugendarbeit
301 nachhaltig zu verbessern.
- 302 • **Flächendeckende Netzabdeckung und kostenloses öffentliches WLAN**
303 **sicherstellen:** Ausbau des Breitbandnetzes und Glasfaseranschlüsse bis in
304 die entlegensten Regionen Sachsen-Anhalts, um allen Zugang zu schnellem
305 Internet zu ermöglichen. Einrichtung von kostenfreiem WLAN an zentralen
306 Ankerpunkten in Städten und Gemeinden, um digitale Teilhabe zu fördern.
- 307 • **Bezuschussung digitaler Lernmittel:** Staatliche Förderung qualitativ
308 hochwertiger digitaler Lernmaterialien für alle Schüler*innen, um
309 Bildungsgerechtigkeit zu schaffen.

310 **Bürokratieabbau**

311 Bürokratische Prozesse regeln viele Aspekte des Alltags – vom Beantragen eines
312 Ausweises bis hin zur Organisation von Projekten in der Jugendarbeit. Doch
313 komplizierte Vorschriften und kleinteilige Abläufe erschweren oft den Zugang zu
314 wichtigen Leistungen. Besonders in der Jugendarbeit sind Fördermittelanträge und
315 die spätere Abrechnung zeitaufwändig und ressourcenintensiv. Ein effizienter
316 Bürokratieabbau ist daher essenziell, um den Fokus wieder auf Inhalte und
317 Projekte zu lenken.

318 Im Jahr 2030 profitieren Jugendverbände und Träger von einer verlässlichen und
319 mehrjährigen Förderung ohne Eigenanteile oder Vorfinanzierungspflichten.
320 Vereinfachte Verwendungsnachweise und Haushaltspläne reduzieren den
321 Verwaltungsaufwand erheblich. Förderprozesse sind vollständig digitalisiert und
322 anwenderfreundlich gestaltet, entwickelt in enger Zusammenarbeit mit den
323 Trägern. Eine serviceorientierte Verwaltung setzt auf partnerschaftliche
324 Kommunikation und unterstützt aktiv bei Anträgen. So werden bürokratische Hürden
325 abgebaut, und die frei gewordenen Ressourcen können für die eigentlichen
326 Projekte genutzt werden.

327 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 328 • **Mehrjährige Förderungen ohne Hürden:** Schaffung einer mehrjährigen und
329 verlässlichen Förderung von Maßnahmen und Projekten mit entsprechend

330 ausgestatteteten Verpflichtungsermächtigungen, basierend auf sinnvollen und
331 auskömmlichen Pauschalen sowie Festbeträgen ohne Eigenanteile und die
332 Notwendigkeit einer Vorfinanzierung. Anhebung der Schwellenwerte für
333 einfache Verwendungsnachweise und Vereinfachung der Haushaltspläne, um die
334 Arbeit der Träger zu erleichtern.

- 335 • **Förderpraxis gemeinsam verbessern und digitaler machen:** Einbindung der
336 Träger in die Anpassung der Förderpraxis, da sie als Expert*innen
337 wertvolle Einblicke in bestehende Hürden und Herausforderungen der
338 Verwaltungsprozesse bieten. Entwicklung digitaler Anwendungen für
339 Förderprozesse in enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Trägern, um
340 deren Praxistauglichkeit sicherzustellen.
- 341 • **Serviceorientierte und digitale Verwaltung, die auf direkte Kommunikation**
342 **setzt:** Förderung einer proaktiven und lösungsorientierten Verwaltung, die
343 auf Antragsstellende zugeht und Anträge anwenderfreundlich digital
344 gestaltet. Dabei sollte die Verwaltung ihr Ermessen im Sinne des
345 Landesinteresses und der Träger nutzen und partnerschaftlich auf Augenhöhe
346 mit den Antragsstellenden kommunizieren.

347 **Partizipation und Beteiligung**

348 Ob als Klassensprecher*in, in Jugendvertretungen, im Jugendparlament oder im
349 Jugendverband – junge Menschen möchten und sollen bei Entscheidungen, die sie
350 betreffen, mitreden. Doch Partizipation erfordert mehr als das bloße Wahlrecht.
351 Es braucht Strukturen, die Mitbestimmung ermöglichen, und Erwachsene, die jungen
352 Menschen auf Augenhöhe begegnen und ihre Stimmen ernst nehmen. Nur so wird
353 Beteiligung zur gelebten Realität, die Demokratie stärkt und den Bedürfnissen
354 junger Menschen gerecht wird.

355 Im Jahr 2030 ist Partizipation junger Menschen ein fester Bestandteil des
356 gesellschaftlichen Lebens. Ein verbindlicher Beteiligungs-Paragraf im
357 Kommunalverfassungsgesetz nur für junge Menschen sichert Mitbestimmungsrechte in
358 ihren Kommunen. Politik und Verwaltung informieren aktiv über
359 Beteiligungsmöglichkeiten und laden junge Menschen zu Konsultationen ein.
360 Fördertöpfe stehen ihnen direkt zur Verfügung, um eigene Projekte zu realisieren
361 und Eigeninitiative zu stärken. Barrieren wie komplizierte Prozesse oder
362 finanzielle Hürden wurden abgebaut, und jugendgerechte Kommunikation ist
363 selbstverständlich. In allen Kommunen gibt es frei zugängliche Räume, die
364 Jugendliche eigenständig gestalten und nutzen können. So wird Teilhabe für alle
365 ermöglicht und Demokratie von Grund auf gelebt.

366 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 367 • **Partizipation als gelebte Praxis etablieren:** Die Partizipation junger
368 Menschen im Alltag und insbesondere in ihrem direkten Umfeld, in den
369 Kommunen, stärken. Schaffung eines eigenen Beteiligungs-Paragrafen für
370 junge Menschen mit höchster Verbindlichkeit im Kommunalverfassungsgesetz
371 (KVG).

- 372 • **Jugendinformation und Konsultation ausbauen:** Schaffung und Erweiterung von
373 Angeboten der Politik und Verwaltung sowie politischer Bildung, die junge
374 Menschen über Beteiligungsmöglichkeiten informieren und aktiv zur
375 Mitgestaltung einladen. Verbindliche und ernstgemeinte Einbindung junger
376 Menschen in Entscheidungsprozesse, beispielsweise durch Konsultationen und
377 Anhörungen zu politischen Beschlüssen, die sie betreffen.

- 378 • **Fördertöpfe für junge Menschen zugänglich machen:** Einführung von
379 Fördertöpfen, die von jungen Menschen verwaltet und für Projekte von
380 Jugendlichen genutzt werden können, um Eigeninitiative und Mitgestaltung
381 zu fördern.

- 382 • **Barrieren für Beteiligung abbauen:** Abbau sprachlicher, ökonomischer und
383 prozessualer Hürden durch verständliche Kommunikation, Armutssensibilität
384 und einfachere Strukturen, um Jugendlichen Partizipation zu erleichtern.

- 385 • **Aneignungsräume für Jugendliche schaffen:** Kommunen sollen verpflichtet
386 werden, frei zugängliche Räume für Jugendliche bereitzustellen, die sie
387 eigenständig gestalten und nutzen können.

388 **Mobilität**

389 Ob Bus, Bahn, Fahrrad oder E-Roller – Mobilität ist ein wesentlicher Bestandteil
390 des Lebens junger Menschen. Für viele bedeutet sie Freiheit und
391 Selbstständigkeit: der Weg zur Schule, zur Ausbildung oder zum Freizeitangebot.
392 Doch wenn Busse und Bahnen nicht fahren, Eltern oder Freund*innen nicht
393 einspringen können und das Ticket zu teuer ist, wird Mobilität schnell zur
394 Herausforderung. Sicherheit spielt ebenfalls eine zentrale Rolle: Dunkle
395 Bahnhöfe oder Landstraßen ohne Radwege schrecken viele junge Menschen ab. Ein
396 modernes Mobilitätsangebot muss zuverlässig, erschwinglich und sicher sein, um
397 jungen Menschen echte Teilhabe zu ermöglichen.

398 Unsere Vision für das Jahr 2030 ist ein Sachsen-Anhalt mit innovativen und
399 nachhaltigen Mobilitätslösungen für junge Menschen. Der öffentliche Nahverkehr

400 ist flächendeckend gut ausgebaut, zuverlässig und für junge Menschen kostenfrei
401 oder stark vergünstigt. Attraktive Angebote wie WLAN in Bussen und Bahnen oder
402 praktische digitale Services machen den ÖPNV zur ersten Wahl. Sichere und
403 beleuchtete Fahrradwege verbinden Wohngebiete mit Schulen, Ausbildungsstätten
404 und Freizeiteinrichtungen, während moderne Abstellmöglichkeiten und
405 Mitnahmeservices die Nutzung von Bus, Bahn und Fahrrad kombinieren. Junge
406 Menschen können sich in jeder Region des Landes sicher und unabhängig bewegen –
407 egal ob auf dem Land oder in der Stadt.

408 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 409 • **Attraktiver und zuverlässiger ÖPNV:** Sicherstellung eines gut ausgebauten,
410 zuverlässigen ÖPNV mit einem verlässlichen Fahrplan, der durch digitale
411 Services wie WLAN und Ladeinfrastruktur attraktiver gestaltet wird, um
412 mehr Menschen zur Nutzung zu bewegen und den Autoverkehr zu reduzieren.

- 413 • **Kostenfreier oder vergünstigter ÖPNV:** Einführung eines kostenlosen oder
414 stark vergünstigten ÖPNV-Tickets für Schüler*innen,
415 Freiwilligendienstleistende, Studierende, Auszubildende und Ehrenamtliche
416 (z. B. juleica), ergänzt durch umfassende Berechtigungen wie Nutzung in
417 den Ferien, an Wochenenden und über Landkreisgrenzen hinweg. Ein erster
418 Schritt wäre die Einführung einer speziellen vergünstigten Variante des
419 Deutschlandtickets für junge Menschen und Menschen, die in der Kinder- und
420 Jugendarbeit ehrenamtlich tätig sind.

- 421 • **Jugendgerechte Mobilitätslösungen:** Entwicklung individueller
422 Mobilitätskonzepte für junge Menschen, einschließlich Zuschüssen für
423 Fahrräder, Leihmöglichkeiten sowie einer besseren Kombination von Bus/Bahn
424 und Fahrrad durch sichere Abstellplätze und Mitnahmemöglichkeiten.

- 425 • **Sicherer Verkehr für alle:** Ausbau und Verbesserung von Verkehrswegen,
426 einschließlich sicherer Fahrradwege an Bundesstraßen, sowie ausreichend
427 beleuchteter Rad- und Fußwege, um die Sicherheit insbesondere in den
428 Abend- und Nachtstunden zu erhöhen.

429 **Berufliche Perspektiven**

430 Die Wahl des Berufs und die Möglichkeit zur Weiterbildung prägen entscheidend
431 den Lebensweg eines Menschen. Sie bieten finanzielle Absicherung,
432 gesellschaftliche Teilhabe und individuelle Selbstverwirklichung. Doch die sich
433 wandelnde Arbeitswelt verlangt zunehmend Flexibilität, Weiterbildung und
434 Anpassungsfähigkeit. Um diese Herausforderungen zu meistern, müssen berufliche

435 Ausbildungswege zugänglicher, fairer und zukunftsfähiger gestaltet werden.

436

437 Im Jahr 2030 sind landesrechtlich geregelte, schulische Ausbildungswege
438 vollständig gebührenfrei, insbesondere in Gesundheits- und Sozialberufen. Ein
439 Landesgesetz regelt angemessene Vergütungen für schulische Ausbildungsgänge oder
440 Weiterbildungen in Landesverantwortung und stärkt so deren Attraktivität.
441 Praktika werden durch verbindliche Qualitätsstandards und Prämien aufgewertet,
442 und der Übergang und der Einstieg in Ausbildung werden durch ganzheitliche und
443 bedarfsorientierte Angebote gewährleistet. Ein landeseigener
444 Ausbildungsunterstützungsfonds mit einer verbindlichen Abgabe der Unternehmen
445 und der öffentlichen Arbeitgeber sichert die finanzielle Grundlage für
446 Ausbildungsplätze und
447 ermöglicht allen jungen Menschen gleiche Chancen. Mit diesen Maßnahmen wird die
448 berufliche Bildung zu einer stabilen Basis für gesellschaftliche Teilhabe und
449 individuelle Entwicklung.
450 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 451 • **Abschaffung von Schulgeldern für vollzeitschulische Berufsausbildung:**
452 Schulgelder für vollzeitschulische Berufsausbildungen, insbesondere in
453 Gesundheits- und Sozialberufen in Landesverantwortung müssen dauerhaft
454 abgeschafft werden, um finanzielle Barrieren für Auszubildende zu
455 beseitigen. Die zumindest zeitweise Abschaffung der Schulgelder in
456 erzieherischen Berufen ist hier ein erster Schritt in die richtige
457 Richtung.

- 458 • **Einführung von Ausbildungsvergütungen durch Landesgesetz:**
459 Verabschiedung eines Landesgesetzes, dass die Einführung von
460 Ausbildungsvergütungen für schulische Aus- und Weiterbildungsgänge in
461 gesundheits- und Sozialberufen nach Landesrecht regelt und somit deren
462 Attraktivität steigert.

- 463 • **Bedarfsorientierte und vernetzte Angebote für den Übergang und den**
464 **Einstieg in berufliche Ausbildung:** Die zahlreichen Projekte und Angebote
465 zur Übergangsgestaltung von Schule in Ausbildung, in Landes- und
466 Kommunalverantwortung, aber auch Angebote der Ausbildungsberatung der
467 Agenturen für Arbeit müssen besser vernetzt und kontinuierlich gefördert
468 werden.

- 469 • **Berufliche Orientierung auf einen gemeinsamen Mindeststandard aufbauen:**
470 Junge Menschen sollen in allen allgemeinbildenden Schulformen eine
471 vergleichbare berufliche Orientierung, angelehnt an das Landesfachkonzept
472 BRAFO (Berufliche Orientierung Richtig Angehen – Frühzeitig Orientieren),
473 erhalten. Dazu muss ein gesetzlicher Mindeststandard im Schulgesetz des

474 Landes verankert werden.

- 475 • **Praktika aufwerten und mit Qualitätsstandards untersetzen: Es müssen**
476 **verbindliche Qualitätsstandards für betriebliche Praktika eingeführt**
477 **werden, um die Lernbedingungen und die Praxisorientierung zu sichern und**
478 **zu verbessern. Unter anderem bedarf es regelmäßiger Schulungen für**
479 **Praktikumsverantwortliche für eine bessere Betreuung. Die Einführung von**
480 **Aufwandsentschädigungen und Praktikumsprämien machen Praktika attraktiver,**
481 **zugänglicher und sind ein Zeichen von Wertschätzung.**

- 482 • **Ausbildungsunterstützungsfonds finanziert durch eine Ausbildungsabgabe**
483 **aller Unternehmen:** Etablierung eines landeseigenen
484 Ausbildungsunterstützungsfonds, der durch eine Umlagefinanzierung von
485 Unternehmen und öffentlichen Arbeitgebern gesichert wird, um
486 Ausbildungsunternehmen bei ihren Ausbildungskosten zu entlasten und
487 Angebote zur Steigerung der Ausbildungsqualität zu finanzieren. Das Land
488 Sachsen-Anhalt soll sich dabei an dem Modell des Bundeslandes Bremen
489 orientieren.

490 **Demokratieförderung**

491 In Zeiten zunehmender demokratiefeindlicher Tendenzen ist es wichtiger denn je,
492 junge Menschen für die Werte der Demokratie zu sensibilisieren. Sie sollen
493 lernen, Demokratie aktiv zu gestalten und sich gegen extremistische Strömungen
494 einzusetzen. Um dies zu ermöglichen, braucht es umfassende Fördermaßnahmen, die
495 Demokratie für junge Menschen erlebbar machen – sei es in Schulen,
496 Jugendverbänden oder kulturellen Angeboten.

497 Im Jahr 2030 sind Demokratieförderprojekte ein fester Bestandteil der Bildungs-
498 und Jugendarbeit. Sie werden durch das Land dauerhaft finanziert und umfassen
499 Initiativen von der Kita bis zur Ausstiegsberatung für extremistische Personen.
500 Eine Reform des Wahlrechts in Sachsen-Anhalt ermöglicht es jungen Menschen, ab
501 14 Jahren zu wählen und gewählt zu werden. Jugendverbände haben bei politischen
502 Entscheidungen eine starke Stimme und kulturelle Angebote, auch im ländlichen
503 Raum. Schulen sind Orte, an denen Demokratie nicht nur vermittelt, sondern aktiv
504 gelebt wird – mit echten Mitbestimmungsmöglichkeiten für Schüler*innen.
505 Politiker*innen und Landesverwaltung kommunizieren aktiv und jugendgerecht mit
506 jungen Menschen. So wird die Grundlage geschaffen, Demokratie zu fördern, zu
507 bewahren und aktiv weiterzuentwickeln.

508 Daher fordern wir für die Landtagswahl 2026:

- 509 • **Wahlalter senken:** Eine Vielzahl junger Menschen wird qua Gesetz von Wahlen
510 ausgeschlossen. Das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss für
511 das aktive und passive Wahlrecht auf 14 Jahre gesenkt werden. Junge
512 Menschen, die vor ihrem 14. Lebensjahr wählen wollen, erhalten das aktive
513 Wahlrecht auf Antrag
- 514 • **Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie müssen stärker anerkannt und**
515 **gefördert werden.** Jugendverbände müssen bei aktuellen politischen Themen
516 und Problemen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, um die Anliegen
517 junger Menschen und ihre Perspektiven in den politischen
518 Entscheidungsprozess einzubringen.
- 519 • **Konstante Förderung von Demokratieförderprojekten:** Das Land muss eine
520 konstante Förderung von Projekten zur Demokratieförderung gewährleisten.
521 Dies umfasst die Unterstützung von Projekten für Kitas, Schulen, mobile
522 Opferberatungsdienste, Ausstiegsberatungen sowie Beratungen für Menschen
523 im Nahumfeld von extremistischen Personen.
- 524 • **Demokratieförderung in Schulen ausweiten:** Demokratieverständnis und die
525 Bedeutung von Demokratie müssen mehr Raum in Schulen erhalten. Schule
526 sollte ein Ort sein, an dem Demokratie nicht nur theoretisch, sondern auch
527 praktisch erlebbar ist. Dies schließt echte Entscheidungsspielräume und -
528 macht für Schüler*innen ein.
- 529 • **Politiker*innen und Landesverwaltung müssen eine jugendgerechtere**
530 **Ansprache entwickeln:** und aktiver auf junge Menschen zugehen, damit
531 Politik für diese erlebbarer und greifbarer wird.
- 532 • **Kulturelle Angebote im ländlichen Raum sichern:** Kulturelle Angebote wie
533 Theater, Clubs und Freiräume müssen auch im ländlichen Raum
534 aufrechterhalten und ausgebaut werden, unabhängig von der Anzahl der
535 Besucher*innen, um Jugendlichen auch dort einen Zugang zu kultureller
536 Bildung und politischer Beteiligung zu ermöglichen.

537 **Priorisierte 10 Forderungen für einen Fokus in der Interessenvertretung:**

- 538 • **Stärkung der Jugendverbandsarbeit:** Schaffung einer festen Stelle für
539 Jugendverbandsreferent*innen im Umfang von 1 VbE in jedem Jugendverband in
540 Sachsen-Anhalt sowie Anpassung der Förderung, um eine faire Vergütung von
541 mindestens TV-L 10 für Jugendverbands- und Jugendbildungsreferent*innen zu
542 gewährleisten und angemessene Arbeitsbedingungen sicherzustellen.

- 543 • Mehrjährige Förderungen ohne Hürden: Schaffung einer mehrjährigen und
544 verlässlichen Förderung von Maßnahmen und Projekten mit entsprechend
545 ausgestatteten Verpflichtungsermächtigungen, basierend auf sinnvollen und
546 auskömmlichen Pauschalen sowie Festbeträgen ohne Eigenanteile und die
547 Notwendigkeit einer Vorfinanzierung. Anhebung der Schwellenwerte für
548 einfache Verwendungsnachweise und Vereinfachung der Haushaltspläne, um die
549 Arbeit der Träger zu erleichtern.

- 550 • Jugendverbände als Werkstätten der Demokratie müssen stärker anerkannt und
551 gefördert werden. Jugendverbände müssen bei aktuellen politischen Themen
552 und Problemen echte Mitbestimmungsmöglichkeiten erhalten, um die Anliegen
553 junger Menschen und ihre Perspektiven in den politischen
554 Entscheidungsprozess einzubringen.

- 555 • Stärkung interkultureller Kompetenz: Förderung des Wissens über Religionen
556 und Kulturen in Schulen und öffentlichen Institutionen sowie Ausbau
557 interkultureller Schulungen für Behörden wie Polizei, Verwaltung und
558 Bundeswehr, um Vielfalt anzuerkennen und Diskriminierung zu reduzieren.

- 559 • Konstante Förderung von Demokratieförderprojekten: Das Land muss eine
560 konstante Förderung von Projekten zur Demokratieförderung gewährleisten.
561 Dies umfasst die Unterstützung von Projekten für Kitas, Schulen, mobile
562 Opferberatungsdienste, Ausstiegsberatungen sowie Beratungen für Menschen
563 im Nahumfeld von extremistischen Personen.

- 564 • Langfristige Förderung von Ferienfreizeiten: Sicherstellung einer
565 langfristigen und umfassenden Förderung von Ferienfreizeiten, die auch
566 Maßnahmen im Ausland einschließt

- 567 • Wahlalter senken: Eine Vielzahl junger Menschen wird qua Gesetz von Wahlen
568 ausgeschlossen. Das Wahlalter bei Kommunal- und Landtagswahlen muss für
569 das aktive und passive Wahlrecht auf 14 Jahre gesenkt werden. Junge
570 Menschen, die vor ihrem 14. Lebensjahr wählen wollen, erhalten das aktive
571 Wahlrecht auf Antrag

- 572 • Bildungsangebote für Medienkompetenz erweitern und Peer-Ansätze fördern:
573 Förderung von Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz, darunter der
574 Umgang mit Fake News, Künstlicher Intelligenz und digitalen Tools.
575 Stärkung von Peer-to-Peer-Programmen zur Vermittlung von Medienkompetenz
576 für Gleichaltrige und Fachkräfte.

- 577 • Unbürokratische Unterstützung von Jugendbildungsstätten: Umwandlung der

578 Förderung in einen Betriebskostenzuschuss, der Personal- und Sachkosten
579 individuell nutzbar macht, mit einer Mindestförderung von 200.000 Euro pro
580 Jahr und Einrichtung. Die Mittel müssen mit 3% pro Jahr dynamisiert
581 werden.

- 582 • Attraktiver und zuverlässiger ÖPNV: Sicherstellung eines gut ausgebauten,
583 zuverlässigen ÖPNV mit einem verlässlichen Fahrplan, der durch digitale
584 Services wie WLAN und Ladeinfrastruktur attraktiver gestaltet wird, um
585 mehr Menschen zur Nutzung zu bewegen und den Autoverkehr zu reduzieren.

Anzahl der Ja - Stimmen:	31
Anzahl der Nein - Stimmen:	0
Anzahl der Stimmen - Enthaltungen:	0